

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Andreas Krummen): Planung der längerfristigen Hochwasserschutzmassnahmen Marzili-Matte-Altenberg-Felsenau

Bei der Orientierung der betroffenen Quartierbevölkerung am 12.12.05 in der Dampfzentrale über die kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen wurden auch die Zeitpläne vorgestellt.

Bei den langfristigen Massnahmen wurde ausgeführt, dass ein breit zusammengesetztes Projektteam mit Fachstellen und Betroffenen zum Hochwasserschutz Aare-Bern mit Vertretern von Bund, Kanton, der Stadt, der Quartiere und Organisationen momentan vier Varianten aus der Massnahmenpalette ausgelesen habe.

Es sei vorgesehen, sich bis ca. April auf eine einzige Massnahme zu einigen.

Diese soll dann den ganzen Instanzenweg der Bewilligungen gehen und in vielleicht 6 Jahren zur Ausführung gelangen.

Die versammelte Quartierbevölkerung äusserte sich ungehalten über die lange Dauer bis zum Beginn der Bauarbeiten.

In dieser Situation sollte der momentane Fahrplan überdacht werden:

Wenn im Frühling das Projektteam sich auf einen Vorschlag geeinigt hat, kommt dieser Vorschlag in den Gemeinderat und dann in den Stadtrat.

Es wäre nun nicht das erste Mal, dass die zuständige Stadtratskommission mit einem einzigen Vorschlag oder einem Vorschlag in seiner vorliegenden Form nicht einverstanden wäre und Änderungen oder eine Rückweisung beantragen würde.

Das würde eine Verzögerung um Monate bedeuten. Eine solche Verzögerung würde in der Bevölkerung nicht verstanden – der Stadtrat muss aber trotzdem seine Aufgabe umsichtig wahrnehmen.

Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung:

- Dass eine Bearbeitung der langfristigen Hochwasserschutzmassnahmen von Stadtseite möglichst zügig durchgeführt werden sollte?
- Dass z.B. der Variantenentscheid zu den vier Massnahmen dem Gemeinde- und Stadtrat möglichst bald übertragen werden sollte?
- Dass z.B. die zuständige Sachkommission des Stadtrates jetzt schon bei der Beratung der Varianten im Projektteam mit Fachstellen und Betroffenen zum Hochwasserschutz Aare-Bern beteiligt werden sollte?

Bern, 26. Januar 2006

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Andreas Krummen, SP), Sarah Kämpf, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Giovanna Battagliero, Miriam Schwarz, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Liselotte Lüscher, , Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin.

Antwort des Gemeinderats

Der Stadtrat hat mit Beschluss 137 vom 31. März 2005 den notwendigen Kredit für eine umfassende Abklärung möglicher langfristiger Massnahmen für einen verbesserten Hochwasserschutz gesprochen. Auf dieser Grundlage wurden mit Hilfe der Methode der Nutzwertanalyse die Auswirkungen von ursprünglich acht verschiedenen Varianten objektiv beurteilt und miteinander verglichen.

Die Bedeutung dieser langfristigen Abklärungen wurde durch die Hochwasserereignisse vom August 2005 akzentuiert und die Stadt Bern arbeitet seither mit erhöhter Intensität an der Entwicklung und Umsetzung konkreter Massnahmen zum nachhaltigen Schutz der betroffenen Bevölkerung und Quartiere. Dabei werden folgende Ziele verfolgt:

Einerseits wurden als Sofortmassnahmen nebst anderem die Notfallorganisation der Einsatzkräfte optimiert, die Bereitstellung schwerer Fahrzeuge zur Entnahme von Schwemmholz sichergestellt, Kiesentnahmen im Schwellenmätteli und in der Felsenau durchgeführt sowie die Verfügbarkeit von Sandsäcken und weiterer mobiler Objektschutzmassnahmen verbessert.

Andererseits wurde und wird intensiv an mittel- und längerfristig wirksamen baulichen Schutzmassnahmen gearbeitet. Dabei geht es einerseits um Lösungen für die Schwemmholzproblematik. Andererseits stehen mittlerweile noch vier Varianten für einen nachhaltigen baulichen Schutz zur Diskussion: ein Stollen zwischen Dalmazibrücke und Seftau, ein Kurzstollen zwischen Dalmazibrücke und Lorraine-Brücke, ein Objektschutz um die Matte und eine Sohlenabtiefung zwischen Schwellenmätteli und Bahnbrücke. Die vier Varianten wurden auf Fachebene optimiert und in einem Bericht transparent beurteilt; zurzeit werden die notwendigen politischen Entscheide vorbereitet. Weil die für die Umsetzung notwendigen Verfahren insgesamt viel Zeit in Anspruch nehmen, können die geschilderten Massnahmen frühestens ab dem Jahr 2008 realisiert werden.

Durch eine breit abgestützte Partizipation mittels Projektteam mit Fachstellen und Betroffenen (insgesamt 19 Personen bzw. 16 Stellen) wurde und wird gewährleistet, dass die verschiedenen Interessen im Erarbeitungsprozess möglichst umfassend berücksichtigt werden.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat setzt alles daran, dass der Prozess zur Bearbeitung der langfristigen Hochwasserschutzmassnahmen seitens der Stadt zügig vorangetrieben wird. Die gesetzlichen Vorgaben betreffend Mitwirkung, Auflageverfahren sowie Bau- und Kreditbeschluss sind jedoch konsequent einzuhalten. Zudem wird sorgsam darauf geachtet, Beteiligte und Betroffene frühzeitig in die Prozesse mit einzubeziehen. Dieses Vorgehen mag zwar in einer ersten Phase zu einer gewissen Verlangsamung führen. Erfahrungsgemäss kann das Verfahren jedoch mit diesem Ansatz – beispielsweise mit Blick auf allfällige Beschwerdeverfahren – unter dem Strich tendenziell verkürzt werden. Der aktuelle Bearbeitungsstand mit dem Projektteam mit Fachstellen und Betroffenen stimmt den Gemeinderat optimistisch, dass der eingeschlagene Weg richtig ist.

Zu Frage 2:

Basierend auf den Arbeiten des breit abgestützten Projektteams wird der Gemeinderat voraussichtlich im Mai 2006 erste Grundsatzentscheide fällen und über den weiteren Entscheidungs- und Planungsprozess beschliessen. Dabei wird er die Notwendigkeit eines raschen Vorgehens ebenso im Auge behalten wie das Definieren einer fachlich richtigen und politisch realisierbaren Lösung.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat ist mit Blick auf die Gewaltentrennung der Meinung, dass die zuständige Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün nicht direkt in den Entscheidungsprozess auf Stufe Verwaltung einbezogen werden sollte. Hingegen begrüsst er die Absicht der zuständigen

Direktion für Tiefbau, Verkehr, und Stadtgrün, die Kommission nach den ersten Grundsatzentscheiden des Gemeinderats über den Stand des Geschäfts sowie den weiteren Entscheidungs- und Planungsprozess zu informieren.

Bern, 24. Mai 2006

Der Gemeinderat